

## Protokoll Nr. 27 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: Sitzungsbeginn: Sitzungsende: Sitzungsort:  
18.09.2025 19:00 Uhr 21:35 Uhr Bürgerhaus Mahndorf  
Mahndorfer Bahnhof 10  
Sitzungssaal

---

### Anwesend:

#### Vom Ortsamt

Jörn Hermening  
Marc Liedtke

#### Vom Beirat

Berfin Ataç  
Kerstin Biegemann  
Jens Dennhardt  
Hans-Peter Hölscher  
Heinz Hoffhenke  
Uwe Jahn  
Yunas Kaya  
Dr. Christian Kornek  
Elisabeth Laß  
Waltraut Otten  
Sebastian Springer  
Christa Wilke

#### Referent: innen / Gäste

Martin Rode (BUND)  
Thomas Sauer (ASV)  
Jörn Kück (DEGES)  
Jan Raue (DBS)  
Stefan Boschen (Bremer Tafel)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.08.2025 und Rückmeldungen**

**TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

**TOP 3: Naturschutzgebiet Weseraue** (dazu eingeladen: BUND Bremen)

**TOP 4: Brückensanierung und Neubau Autobahnbrücke A1 incl. Fahrradnutzung und Sanierung Karl-Carstens-Brücke** (dazu eingeladen: DEGES und SBMS)

**TOP 5: Verunreinigungen Hemelinger Bahnhofstraße und umzu**

**TOP 6: Beiratsverschiedenes**

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung. Da zu dem mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als beschlossen.

## Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zum Thema Sitzordnung (Anlage 1)

Über die Anerkennung der Dringlichkeit wird abgestimmt.

Stellungnahme: Zustimmung (4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen)

Damit ist die Dringlichkeit bestätigt und der Antrag wird unter dem TOP Verschiedenes behandelt.

## **TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.08.2025 und Rückmeldungen**

Das Protokoll vom 21.08. liegt noch nicht vor, die Genehmigung erfolgt in der kommenden Beiratssitzung.

### Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse

#### Sanierung Küche und Hauptgebäude sowie Kita-Neubau Osterhop

Antwort der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) vom 12.09.2025 (Anlage 2):

Über einen Ersatz für die Container wird Anfang 2026 nach neuer Prognose entschieden.

Das Ortsamt wird zu Fragen der Instandsetzung und Modernisierung bei Immobilien Bremen (IB) nachfragen.

#### Durchführung des Modellversuchs „Pflege im Quartier“ im Stadtteil Hemelingen

Antwort von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) vom 21.08.2025:

*(...) vielen Dank für Ihr Anschreiben und das darin von Ihnen und dem Beirat bekundete Interesse an der Durchführung eines Modellversuchs zur „Pflege im Quartier“ im Stadtteil Hemelingen.*

*Die Vorarbeiten für ein solches Modellprojekt sind komplex. Es sind inhaltliche, finanzielle und strategische Aspekte zu berücksichtigen. Aktuell befinden sich diese Planungen noch in einem frühen Stadium, das noch keine verbindliche Festlegung auf einen Stadtteil zulässt. Die Auswahl eines Stadtteils wird voraussichtlich nach noch festzulegenden, objektiven Kriterien erfolgen. Dabei kann sicher ergänzend das Interesse und die Unterstützung aus einem Stadtteil in die Erwägungen einfließen. Wir freuen uns jedenfalls über Ihre proaktive Nachricht und werden uns zu gegebener Zeit mit Ihnen in Verbindung setzen.*

### Beschluss Umgang mit Krähenpopulation

Stellungnahme der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW) vom 03.09.2025:

*(...) zu Ihrem im Betreff genannten Beschluss können wir Ihnen folgendes mitteilen:*

*Die im unmittelbaren Nistbereich von Saatkrähen auftretenden Geräusche und Verschmutzungen während der Brutzeit können ein Ärgernis sein.*

*Weil Saatkrähen allerdings gemäß den Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) als „europäische Vogelarten“ zu den besonders geschützten Arten zählen,*

*dürfen sie nicht getötet oder ihre Niststätten beschädigt, der Natur entnommen oder zerstört werden.*

*Ausnahmen von den Verboten des BNatSchG dürfen nur im Einzelfall und nur unter eng gefassten und in § 45 Abs. 7 BNatSchG abschließend aufgezählten Ausnahmetatbeständen oder unter den in § 67 Abs. 2 BNatSchG genannten Gründen erteilt werden.*

*Die von Ihnen als störend empfundenen Erscheinungen rechtfertigen Maßnahmen gegen die Saatkrähen leider nicht. Darüber hinaus wäre eine Bejagung von Saatkrähen im innerstädtischen Bereich auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ausgeschlossen.*

*Eine Ansiedlung von Falken oder der Einsatz von Falknern müsste mit der Staatlichen Vogelschutzwarte geklärt werden, diese ist am 8.9.2025 wieder im Dienst.*

**Beschluss Anforderung einer rechtlichen Beratung des Beirates Hemelingen gem. §7 (4) BeirOG**

Antwort der Senatorin für Justiz und Verfassung (SJV) vom 04.09.2025 (Anlage 3)

Grundsätzlich ist laut Begründung des Beiräteortsgesetz (BeirOG) auch eine schriftliche Antwort möglich - wenn die nicht ausreichend ist kann das Ressort eingeladen werden und muss dann erscheinen, wenn die Begründung nachvollziehbar ist.

Die schriftliche Stellungnahme auf den Beschluss des Beirates war nicht ausreichend, daher erfolgt jetzt eine Einladung, die zur Fristwahrung vom Ortsamt bereits erfolgt ist.

Das Bildungsressort wird zum Thema Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas zur kommenden Beiratssitzung am 09.10.2025 eingeladen.

**Rückmeldungen auf Anliegen von Bürger:innen**

**Probleme im Schlengpark**

Das Thema wird in der nächsten Sitzung des Fachausschuss Inneres, Kultur und Sport am 22.09.2025 beraten.

**Tempo 30 und Querung Rennbahn**

Der Regionalausschuss hat zur Querung einen Beschluss gefasst und der Beirat diesen in der letzten Sitzung bestätigt. Laut Presseinformation ist mit dem Bau 2026 zu rechnen, auf den Beschluss gab es noch keine Antwort.

**Probleme Sandhofstraße**

Das Thema wurde im zuständigen Fachausschuss beraten. Das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) wurde gebeten dort Vorschläge für Verbesserungen zu machen.

**Freiluftpartys am Mahndorfer See**

Freiluftpartys an diesem Ort sind vom Beirat inzwischen ausgeschlossen worden. Der Beirat hat sich aber darauf verständigt, sich im kommenden Frühjahr noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen.

Dr. Christian Kornek gibt eine persönliche Stellungnahme zu diesem Thema ab.:

*Er freut sich, dass letztendlich alle Fraktionen nun die Veranstaltung von Freiluftpartys am Mahndorfer See ausschließen und der Beirat in dieser Angelegenheit mit einer Stimme spricht. Die Interessen der Anwohner:innen sind nun gewahrt.*

## **TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Umsetzung der Fahrradstraße in der Ahrlingstraße.

Jörn Hermening antwortet, dass die Anordnungen nicht sofort umgesetzt werden. Das dauert manchmal sehr lange. Angeordnet ist es aber.

Das Ortsamt wird bei Lutz Schmauder-Fasel vom ASV noch einmal nachfragen.

## **TOP 3: Naturschutzgebiet Weseraue**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Martin Rode vom BUND anwesend. Martin Rode erläutert anhand einer Präsentation das Thema.

Hinweis: Die Präsentation des BUND kann aus Datenschutzgründen nicht dem Protokoll beigefügt werden.

- In Hemelingen sollen Reste der ursprünglichen Weser-Marschlandschaft als Naturschutzgebiet „Weseraue“ unter Schutz gestellt werden, um die letzten verbliebenen Flussauen zu erhalten.
- Das Gebiet erstreckt sich von der Korbinsel in Habenhausen über Hemelingen bis zur südlichen Bremer Grenze bei Bollen und umfasst vielfältige Lebensräume wie Schilf-, Röhricht- und Auenwälder sowie flache Gewässer und Grünlandflächen.
- Ökologische Bedeutung: Fortpflanzungsräume für Fische und Insekten, Nistplätze für seltene Vogelarten (z. B. Blaukehlchen, Rohrsänger) und Lebensraum für weitere Vogel- und Insektenarten.
- Vorteile der Ausweisung als Naturschutzgebiet: klare Nutzungszuordnung, verbesserte Fördermittelbeantragung, sichtbare Kennzeichnung, erleichterte Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und einheitliche Rechtsgrundlagen für Behörden.
- Integration von Ausgleichsflächen des Gewerbegebiets Hansalinie, darunter ein erhaltenes Wäldchen, ein See aus Sandabbau und Flächen mit ökologischem Ackerbau; das Gebiet vor dem Deich bleibt Landschaftsschutzgebiet als Pufferzone.
- Diskussion über bestehende Nutzungen (Hemelinger Hafen, Hemelinger See, Wassersportverein, Gelände „Komplette Palette“); vorgeschlagenes Zonenkonzept orientiert sich am Wattenmeer-Modell zur differenzierten Nutzung.
- Berücksichtigung geplanter Infrastrukturmaßnahmen (A1-Ausbau, Weserbrücke) zur Vermeidung von Nutzungskonflikten.
- Weiteres Vorgehen: Der Beirat Hemelingen soll beraten. Martin Rode erhofft sich die Unterstützung des Beirats. Er soll darauf hinwirken, dass SUKW das Projekt umsetzt.
- Endgültige Entscheidung über die Ausweisung trifft der Senat und die Bremische Bürgerschaft.

Diskussion:

Jörn Hermening bedankt sich beim BUND dafür, dass das „Wäldchen“ erhalten werden konnte. Er merkt an, dass dies von vielen Bürger:innen gewünscht gewesen sei.

Yunas Kaja: Die KAG begrüßt den Erhalt des „Wäldchens“. Er fragt, wem die Fläche derzeit gehört, ob sie verpachtet ist und welche Bedeutung dies für die künftige Entwicklung in Hemelingen habe.

AW Martin Rode: Der größte Teil der Fläche befindet sich in öffentlichem Eigentum, vermutlich überwiegend in landwirtschaftlichem Eigentum. Für die Entwicklung Hemelingens ist der Erhalt des grünen Gürtels ein politisches Signal. Es gilt, Verantwortung zu übernehmen und Kompensationsmaßnahmen sicherzustellen.

Hans-Peter Hölscher: Zwar seien auch gute Flächen im Stadtteil verloren gegangen, jedoch sei der vorgestellte Weg geeignet, die vorhandenen Flächen positiv zu entwickeln. Er betont seine Bereitschaft, das Vorhaben zu unterstützen.

Sebastian Springer begrüßt die Vorschläge ausdrücklich und fragt, ob sich der BUND auch zukünftig um die Pflege kümmern werde.

AW Martin Rode: Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit bei der Naturschutzbehörde, die diese Aufgabe auch wahrnimmt.

Dr. Christian Kornek erkundigt sich, ob bereits Gespräche mit den Eigentümern geführt worden seien.

AW Martin Rode: Nein, dies sei bislang nicht erfolgt.

Vorschlag von Dr. Christian Kornek: Das Thema sollte erneut im Umweltausschuss behandelt werden.

Kerstin Biegemann: Die Präsentation habe ihr gut gefallen. Sie regt an, sich auch um die noch verbliebenen Flächen zu kümmern und weitere Schritte einzuleiten. Die Zeit dränge, daher bestehe Interesse, zeitnah in Gespräche einzutreten.

Uwe Jahn fragt, ob der Hemelinger See in der Skizze enthalten sei, und welche Konsequenzen dies hätte.

AW Martin Rode: Die Abgrenzung werde nicht einfach sein. Eine andere Möglichkeit wäre, den Bereich vollständig auszunehmen. Entschieden wurde sich ein Kernzonenkonzept vorgesehen. Bestandsrechte würden gewahrt, kleinere Anpassungen der Grenze könnten erfolgen. Auch die Überschwemmungsauenzone solle berücksichtigt werden.

Jens Dennhardt erklärt, dass seine Fraktion die Idee unterstützt. Er fragt nach möglichen Auswirkungen auf das Gelände der „Kompletten Palette“ (DKP).

AW Martin Rode: Dieses Gebiet solle nicht in das Naturschutzgebiet einbezogen werden.

Yunas Kaja spricht das Thema der illegalen Müllablagerungen an und fragt, ob es hierfür eine Verpflichtung zur Beseitigung gebe.

AW Martin Rode: Müll sei ein Problem in vielen Schutzgebieten. In der Regel helfe eine höhere Präsenz vor Ort, ergänzt durch Mängelmeldungen. Wichtig sei zudem, das Bewusstsein für die Problematik zu stärken.

Hans-Peter Hölscher verweist auf die Bedeutung des Themas im Koalitionsvertrag. Da die nächste Wahl bevorstehe, appelliert er, die Gespräche zügig aufzunehmen.

Heinz Hoffhenke fragt, inwieweit die Eigentümer betroffen seien und ob sie bislang informiert wurden.

AW Martin Rode: Für die Eigentümer ändere sich im Wesentlichen nichts, da die Flächen bereits heute als Vogel- und Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen sind. Ziel sei es, im Sinne kooperativer Absprachen zu verfahren, ähnlich wie im Blockland.

Dirk Bülow erklärt seine volle Unterstützung. Er betont, dass endlich eine klare Rechtsgrundlage geschaffen werden müsse. Die Hanseatische Naturentwicklung GmbH (hanek) komme ihren Verpflichtungen bislang nicht ausreichend nach. Probleme wie Grillen, Campen und das Befahren der Uferbereiche mit Fahrzeugen beständen fort. Beschwerden würden regelmäßig über Ortsamt und Polizei eingereicht, kleine Maßnahmen seien bisher lediglich punktuell erfolgt.

Uwe Jahn äußert zwei Bitten: Erstens solle der Beirat aktiv in den Prozess eingebunden werden. Zweitens müsse die Planung die voraussichtlich erforderliche neue Autobahnbrücke berücksichtigen.

AW Martin Rode: Der Neubau der Brücke sei absehbar und werde in die Planungen integriert.

Jörn Hermening schlägt vor, die unterschiedlichen Anregungen aufzunehmen und in einem strukturierten Verfahren zu bearbeiten.

Dr. Christian Kornek stellt den Antrag, das Thema zur weiteren Beratung in den Fachausschuss Umwelt, Lärm und Gesundheit zu überweisen.

Abstimmung: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen)

#### **TOP 4: Brückensanierung und Neubau Autobahnbrücke A1 incl. Fahrradnutzung und Sanierung Karl-Carstens-Brücke**

Zu diesem Thema sind Thomas Sauer vom ASV und Jörn Kück von der DEGES anwesend und erläutern das Thema anhand einer Präsentation (Hinweis: Die Präsentation kann aus Datenschutzgründen nicht dem Protokoll beigefügt werden.).

Thomas Sauer erläutert wie folgt:

- In Hemelingen und angrenzenden Stadtteilen sind langfristige Verkehrseinschränkungen aufgrund umfangreicher Brückenbauprojekte zu erwarten, insbesondere durch Neubau und Sanierung der A1-Weserbrücke sowie der Karl-Carstens-Brücke (Erdbeerbrücke).
- Die A1-Weserbrücke ist derzeit wegen Gewichtsbeschränkungen innerstädtischer Brücken für Lkw nur eingeschränkt nutzbar, was die Verkehrssituation im Bremer Osten verschärft.
- Neben der A1-Weserbrücke stehen weitere Infrastrukturmaßnahmen an, darunter der Abschluss des Zeppelintunnel-Neubaus und der Umbau der Eisenbahnüberführungen an der Steubenstraße.
- Die Karl-Carstens-Brücke weist erhebliche Tragfähigkeitsdefizite auf, die auch durch Verstärkungen nicht vollständig behoben werden können; ein vollständiger Neubau wird für die 2040er-Jahre, voraussichtlich ab 2043, geplant.

- Die bestehende Brücke muss bis zum Neubau funktionsfähig bleiben, da sie als wichtige Ausweichroute dient.
- Die Planungs- und Bauzeit für den Neubau wird auf 10 bis 15 Jahre geschätzt, weshalb bereits jetzt Vorbereitungen beginnen.
- Die neue Karl-Carstens-Brücke soll eine Straßenbahntrasse ermöglichen sowie beidseitige Rad- und Fußwege enthalten; aktuell existiert nur ein stadteinwärts gerichteter Weg.
- Ab 2028 sind Ertüchtigungsmaßnahmen an der bestehenden Brücke geplant, parallel zur Einbindung des Radpremiumwegs 1 mit einem Unterquerungskorridor am Knotenpunkt Karl-Carstens-Brücke/Osterdeich.
- Die Bauarbeiten werden in zwei Abschnitten durchgeführt, um die wichtige Umleitungsfunktion der Kreuzung trotz Einschränkungen aufrechtzuerhalten.

Diskussion:

Ein Bürger fragt, was perspektivisch zu erwarten sei?

Heinz Hoffhenke weist darauf hin, dass sich der Verkehr in Hastedt regelmäßig staut. Insbesondere die Arbeiten an der Erdbeerbrücke führten zu weiteren Verkehrsproblemen, da dort nur einspurig gefahren werden könne. Er erkundigt sich, ob Überlegungen zum Verkehrsfluss angestellt werden?

AW Thomas Sauer: Die Problematik sei bekannt. Priorität habe die Bestandserhaltung. Einschränkungen seien nicht zu vermeiden, ohne werde es nicht umsetzbar sein. Ob eine umfassende Lösung in absehbarer Zeit realisiert werde, sei ungewiss.

Jens Dennhardt spricht die Ertüchtigung der Radpremiumroute und des Fußwegs an.

AW Thomas Sauer: Dies wäre wünschenswert, sei jedoch abhängig von Fördermitteln. Ohne entsprechende Finanzierungen sei eine Umsetzung nicht möglich. Die Straßenbahntrasse werde vorgeplant, eine konkrete Umsetzung sei jedoch derzeit nicht vorgesehen.

Sebastian Springer merkt an, dass ein Neubau zwar „nice to have“, aber das Ausbleiben einer Lösung sehr bedauerlich sei.

Kerstin Biegemann betont, dass es wünschenswert gewesen wäre, beim Brückenbau von Anfang an die Belange von Fußgängern und Radfahrern mitzudenken. Es sei wichtig, dies jetzt zu berücksichtigen und künftig bei Neubauten grundsätzlich von Beginn an einzuplanen.

Jörn Hermening bemerkt, dass sich der Beirat auch in den kommenden Jahrzehnten erneut mit der Thematik beschäftigen werde.

Jens Dennhardt hebt hervor, dass eine Fahrradunterführung so gestaltet sein müsse, dass sie gut beleuchtet ist und keine Angsträume entstehen. Zudem dürfe sich der Zustand nicht verschlechtern.

AW Thomas Sauer: Dazu könne aktuell noch keine Aussage getroffen werden.

Jörn Hermening schlägt vor, Lutz Schmauder-Fasel vom ASV gezielt auf das Thema Sicherheit anzusprechen, da dies von besonderer Bedeutung sei.

Jörn Kück erläutert wie folgt:

- Die bestehende A1-Weserbrücke hat trotz Verstärkungen nur noch eine Restnutzungsdauer von etwa 15 Jahren; daher plant die DEGES einen achtspurigen Ersatzneubau mit zügiger Umsetzung.
- Das Bauverfahren sieht vor, zunächst eine Brückenhälfte parallel zur alten Brücke zu errichten, danach den Abriss der alten Hälfte und den Bau der zweiten neuen Hälfte neben dem Bestand.
- In die Planung ist ein unterhalb der Brücke verlaufender Rad- und Fußweg integriert, der an der Straße Zum Schlut an das Bremer Radwegenetz angeschlossen wird und bereits in der ersten Bauphase realisiert werden soll.
- Die DEGES erwartet die Erlangung des Baurechts Anfang der 2030er Jahre.
- Der Rad- und Fußweg wird in reduzierter Intensität beleuchtet, um Vogelbeeinträchtigungen zu minimieren, und mit zwei Aussichtsplattformen ausgestattet.
- Offiziell wird der Weg als Betriebsweg der Autobahn ausgewiesen, jedoch für Rad- und Fußverkehr freigegeben; solche Lösungen sind bereits an anderen Rheinbrücken erprobt.
- Ein angehängter Radweg gilt als wirtschaftlich sinnvoller als ein separates Bauwerk in geringer Entfernung.

Diskussion:

Hans-Peter Hölscher erkundigt sich, wer den Radweg errichten wird, wann mit einer Fertigstellung zu rechnen ist und wer anschließend für die Unterhaltung zuständig sein wird.

AW Jörn Kück: Die Umsetzung erfolgt durch die Autobahn GmbH. Es handelt sich nicht um einen eigenständigen Radweg, sondern um einen Betriebsweg, der für den Radverkehr freigegeben wird.

Jens Dennhardt spricht das Thema möglicher Angsträume an und fragt, ob die Wartung ebenfalls durch die Autobahn GmbH übernommen wird.

AW Jörn Kück: Das Vorhaben ist Bestandteil eines Wettbewerbsbeitrags, in dem die Berücksichtigung solcher Aspekte vorgesehen ist. Aufgrund des Vogelschutzes darf die Autobahn selbst nicht beleuchtet werden; der Radweg wird daher nur mit geringer Lichtintensität ausgestattet.

Kerstin Biegemann fragt, ob es bereits einen Gesetzesentwurf zum Vorhaben gebe.

AW Jörn Kück: Ein formales Gesetz sei derzeit noch nicht beschlossen.

Jörn Hermening merkt an, dass Gunnar Polzin von der Verkehrsbehörde den Prozess bereits angeschoben habe.

Kerstin Biegemann erkundigt sich, ob sich die Verabschiedung des Gesetzesvorhabens durch die Planung des Radwegs unter der Autobahn verzögert.

AW Jörn Kück: Es gebe hierfür vergleichbare Beispiele, ein solches Konzept sei nicht unüblich.

Yunas Kaya erkundigt sich, ob die Beleuchtung der Radwege gedimmt werden müsse und wie dabei der Sicherheitsaspekt berücksichtigt werde.

AW Jörn Kück: Diese Anregung werde aufgenommen. Der Wettbewerb sei erst am heutigen Tag abgeschlossen worden, daher müssten noch verschiedene Aspekte gegeneinander abgewogen werden. Licht sei einerseits aus Gründen der Sicherheit,

andererseits wegen des Naturschutzes ein sensibles Thema – „Vögel mögen Licht nicht, aber Angsträume mögen wir auch nicht.“

Jens Dennhardt fragt, ob sich durch den Neubau Änderungen im Schiffsverkehr oder bei Durchfahrtsverboten ergeben.

AW Jörn Kück: Diese Belange seien im weiteren Planungsverfahren mit zu berücksichtigen.

Ein Bürger äußert Bedauern darüber, dass eine separate Fußgänger- und Fahrradbrücke offenbar nicht weiterverfolgt werde. Er fragt, warum der Fokus nur auf dem Autoverkehr liege.

AW Jörn Kück: Der Weg sei sowohl für Fußgänger:innen als auch Radfahrende vorgesehen. Es spreche vieles dafür, beide Nutzungen in einem Bauwerk zu vereinen.

Jens Dennhardt merkt an, dass bereits Unmut über die derzeitige Planung geäußert worden sei.

AW Jörn Kück: Die Planungen beginnen erst jetzt, so dass noch Anpassungen möglich seien.

Aus dem Beirat wird ein Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste gestellt.

Abstimmung: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Ein Bürger kritisiert den zunehmenden Flächenverbrauch durch den Ausbau der Autobahn und fragt, woher die zusätzlichen Flächen stammen sollen. Zudem äußert er Zweifel daran, dass eine Verbreiterung der Fahrbahnen den Verkehr tatsächlich entlaste.

Jörn Hermening fragt, ob sich die Verkehrssituation nach dem Neubau tatsächlich verbessern werde.

AW Jörn Kück: Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung sei auch künftig mit Stauerscheinungen zu rechnen. Zwischen Arsten und Hemelingen existiert derzeit nur eine Verflechtungsstrecke, später seien jedoch zwei vorgesehen.

Jörn Hermening bedankt sich bei den Referenten für ihre Ausführungen und betont, dass es sich bei der heutigen Vorstellung um einen ersten Aufschlag zu diesem Thema gehandelt habe. Aus seiner Sicht liege der Zeitplan für den Ersatzneubau nicht in allzu ferner Zukunft. Der Beirat werde sich zu gegebener Zeit erneut mit dem Thema befassen.

## **TOP 5: Verunreinigungen Hemelinger Bahnhofstraße und umzu**

Dazu anwesend sind Jan Raue von der DBS (online zugeschaltet) und Stefan Boschen von der Bremer Tafel.

- Der Müllberg auf dem ehemaligen Könecke-Gelände an der Ahlringstraße wächst kontinuierlich, ohne erkennbare kurzfristige Lösung.
- Die Ablagerungen bestehen aus Sperrmüll und ziehen Personen an, die den Müll zerstreuen, was zur Verschmutzung angrenzender Grün- und Brachflächen führt.
- Absperrungen sind lückenhaft, der Zugang zum Gelände ist leicht möglich; auch im Gebüsch befindet sich weiterer Müll.

- Beschwerden im Beirat bestehen seit Wochen, eine Verbesserung ist bislang nicht eingetreten.
- Jan Raue, Referatsleiter der Bremer Stadtreinigung (DBS), erläuterte, dass die DBS nur für öffentliche Flächen zuständig ist; das private Könecke-Gelände liegt in der Verantwortung des Eigentümers.
- Die Eigentümer hatte bereits mehrfach Zwangsgelder zu zahlen, jedoch keine Reinigung veranlasst.
- Eigentumsverhältnisse sind unklar; das Gelände gehörte zuletzt einer Tochtergesellschaft der insolventen Wohninvest, über einen Weiterverkauf wird spekuliert.
- Die DBS kann als letztes Mittel eine Ersatzvornahme durchführen um den Müll zu beseitigen und die Kosten dem Eigentümer in Rechnung zu stellen, jedoch fehlen derzeit die rechtlichen Voraussetzungen, diese werden gerade geschaffen.
- Ein Betreten des Privatgeländes ohne Rechtssicherheit wäre Hausfriedensbruch; man hofft auf Klärung bis Ende Herbst.
- Gefahren durch illegal entsorgte Kühlgeräte mit austretender Kühlflüssigkeit wurden thematisiert; dies fällt in den Zuständigkeitsbereich der Umweltbehörde und Gefahrenabwehr.
- Der Beirat bewertet die Lage als unhaltbar und fordert die zuständigen Behörden zur Gefahrenabwehr auf sowie eine zügige Schaffung der rechtlichen Grundlagen für eine Ersatzvornahme.

Diskussion:

Ein Bürger weist auf die umfangreiche Müllansammlung in der Ahlringstraße hin. Es handele sich um eine Fläche von etwa 200 Quadratmetern, die seiner Einschätzung nach bodenkontaminiert sei. Bereits in den vergangenen Jahren habe es dort regelmäßig illegale Müllablagerungen gegeben, die jedoch oftmals beseitigt worden seien. Er fragt, warum dies aktuell nicht erfolgt.

AW Jan Raue: Eine Räumung auf Privatgelände sei grundsätzlich nicht möglich. Sollte es sich jedoch um gefährliche Abfälle, etwa Kühlgeräte mit auslaufenden Flüssigkeiten, handeln, wäre die Gefahrenabwehrbehörde zuständig. In diesem Fall müsse ein verwaltungsrechtliches Verfahren eingeleitet werden. Es sei möglich, dass in der Vergangenheit Dienstleister im Auftrag Dritter Müll entfernt hätten; dies könne jedoch nicht mit Sicherheit beurteilt werden.

Dr. Christian Kornek bezeichnet die Situation als unhaltbar und fordert, dass „es so nicht weitergehen“ könne. Er bittet um ein Rahmenkonzept und einen konkreten Zeitplan zur Beseitigung der Missstände. Zudem solle sich das Ortsamt an die Umweltbehörde wenden und der Beirat möglichst zeitnah einen Beschluss fassen. Er erkundigt sich, wie häufig bereits Verwaltungsverfahren in diesem Zusammenhang eingeleitet worden seien.

AW Jan Raue: Der unhaltbare Zustand sei bekannt. Es habe drei Räumungsverfügungen mit Zwangsgeld gegeben. Eine Kostenabschätzung für eine Ersatzräumung liege bereits vor; ein Dienstleister solle eingebunden werden. Der Prozess müsse jedoch rechtlich abgesichert werden. Bis zum Herbst sei mit einem Abschluss zu rechnen, anschließend sei eine Ersatzvornahme vorgesehen.

Jens Dennhardt weist darauf hin, dass das Gelände frei zugänglich sei, und begrüßt das angekündigte Tätigwerden. Er regt an, den Bereich abzusperren oder einzuzäunen, um weitere Vermüllungen zu verhindern.

Ein Bürger ergänzt, dass sich auf dem Gelände Kühlgeräte und auslaufende Flüssigkeiten befänden. Er habe dies bereits über den Mängelmelder sowie telefonisch gemeldet. Wenn

diese Information bislang nicht bekannt gewesen sei, liege ein Versäumnis der zuständigen Mitarbeiter:innen vor.

AW Jan Raue: Es seien mehrere Ressorts und Akteure beteiligt. Das Thema sei komplex. Der Hinweis auf die Kühlgeräte sei neu und werde geprüft.

Stefan Boschen von der Tafel Bremen weist darauf hin, dass die Vermüllung im Umfeld der Tafel früher deutlich stärker gewesen sei. Seit Ostern würden die Straßen im Umfeld ehrenamtlich von Müll befreit. Die Besucherinnen und Besucher der Tafel seien nicht Verursacher der aktuellen Situation. Der Grünstreifen stelle jedoch weiterhin ein Problem dar. Man bemühe sich Verantwortung zu übernehmen.

Uwe Jahn schließt sich dieser Einschätzung an und erklärt, er habe den Eindruck, dass sich die Situation insgesamt verbessert habe.

Jörn Hermening bestätigt dies und ergänzt, dass die Beschwerdeführer heute nicht anwesend seien. Auch seiner Wahrnehmung nach habe sich die Lage vor Ort verbessert.

Beschluss: Der Beirat fordert die zuständige Behörde auf, im Rahmen der Gefahrenabwehr schnellstmöglich tätig zu werden und die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um gegebenenfalls eine Ersatzvornahme zu veranlassen.

Abstimmung: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

## **TOP 6: Beiratsverschiedenes**

Dringlichkeitsantrag der CDU zum Thema Controllingausschuss

Jörn Hermening lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmung: Zustimmung (4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen)

Die Dringlichkeit wurde bestätigt, damit kann über den Antrag abgestimmt werden.

Beschlussvorschlag: Der Beirat bekräftigt seinen Beschluss vom 06.03.2025 zur Beibehaltung der Controlling-Ausschüsse für die Vergabe der Mittel der offenen Kinder- und Jugendarbeit und behält sich vor, weitere Beschlüsse in diesem Zusammenhang zu fassen.

Abstimmung: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Dringlichkeitsantrag der CDU zum Thema neue Sitzordnung im Beirat Hemelingen (Anlage 1)

Sebastian Springer gibt ein persönliches Statement ab. Er findet es unglücklich, dass die Vertreterin von Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) nicht anwesend ist. Er kündigt an, sich aus diesem Grund zu enthalten.

Abstimmung: Zustimmung (4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen)

Damit ist der Antrag angenommen.

Aufbringung von Tempo 30 Piktogrammen in Mahndorf

**Beschluss:** Der Beirat Hemelingen schließt sich der Empfehlung des Fachausschusses an und beschließt die Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteilbudget Verkehr für das Aufbringen von Tempo 30 Piktogrammen in den Straßen:

- Wachendorfer Straße
- Wittorfer Straße
- Hintzendorfer Straße

**Abstimmung:** Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

**Antrag Verfahren von Markierungsarbeiten im öffentlichen Straßenraum neu regeln**

Beschluss des Beirats Burglesum vom 26.08.2025

*Sehr geehrte Kolleg\*innen,  
der Beirat Burglesum hat sich in seiner Sitzung am 26.08.2025 mit der o.g. Thematik befasst.  
Nachfolgend übersende ich Ihnen hierzu einen Beschluss mit der Bitte um Berücksichtigung  
und Umsetzung.*

**Beschluss: (einstimmig)**

*Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung wird aufgefordert, das Verfahren von Markierungsarbeiten im öffentlichen Straßenraum der Stadtgemeinde Bremen neu zu regeln, um schneller und flexibler zu werden. Ziel muss sein, auch kurzfristig erforderliche Markierungsarbeiten (Neumaßnahmen sowie Nachbesserungen) im öffentlichen Straßenraum durchführen zu können, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.*

*Die jetzige Vergabepraxis sieht zunächst eine Bündelung von einzelnen Maßnahmen im gesamten Stadtgebiet vor, die dann als ein Arbeitspaket ausgeschrieben werden. Hierauf bewirbt sich in der Regel ein Unternehmen, das aus der Sicht des Beirats und des Ortsamts die einzelnen Maßnahmen nur sehr zeitverzögert abarbeitet.*

*Der Beirat regt aus diesem Grund an, für Markierungsarbeiten Rahmenverträge mit Fachunternehmen abzuschließen, in denen vertraglich kürzere Abrufzeiten vereinbart werden oder solche Arbeiten alternativ durch eigenes Personal des Amtes für Straßen und Verkehr durchführen zu lassen, die zeitgleich den Austausch von Verkehrszeichen im Straßenraum übernehmen.*

*Aufgrund der stadtteilübergreifenden Thematik werden die anderen Beiräte gebeten, sich dieser Beschlusslage anzuschließen. Ferner wird beantragt, das Thema in der Beiräte Konferenz zu beraten.*

**Abstimmung:** Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

**Nächste Beiratssitzung**

Die nächste Beiratssitzung soll am 09.10.2025 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hemelingen stattfinden.

Geplante Themen:

- Bericht zum Sachstand KiTa-Ausbau
- Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas
- Klimaschutz im Alltag

gez. Hermeling  
Vorsitzender

gez. Jahn  
Beiratssprecher

gez. Liedtke  
Protokoll